

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

Inhaltsverzeichnis

1. Aktuelles aus der Gesetzgebung: Gesetzentwurf zur Änderung des Versorgungsrechts vorgelegt	1
2. Aktuelles aus der Rechtsprechung	4
3. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen	6
4. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten	7

1. Aktuelles aus der Gesetzgebung

Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben am 11.5.2010 den Entwurf eines „**Ersten Gesetzes zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen**“ (DRModG) in den Landtag eingebracht. Die zentralen Inhalte lassen sich wie folgt beschreiben: Die Lebensarbeitszeit soll grundsätzlich vom 60. auf das 62. Lebensjahr (im Bereich der Sicherheitsdienste), die allgemeine Altersgrenze vom 65. auf das 67. Lebensjahr angehoben werden. Im Einzelfall kann auf Antrag bis zum 70. Lebensjahr gearbeitet werden. Wer früher geht, muss mit Versorgungsabschlägen bis zu 18 % rechnen. Mit diesem Gesetzentwurf wird ein Teil des seit September 2006 föderalisierten Versorgungsrechts in hessisches Dienstrecht umgesetzt.

I. Allgemeines

Der Gesetzentwurf ist von den Fraktionen von CDU und FDP eingebracht worden, nicht durch die Landesregierung. Es handelt sich um ein sogen. „Artikel-Gesetz“, mit dem mehrere Vorschriften geändert werden sollen. So u.a. auch das HBG, das Richtergesetz, die Arbeitszeitverordnung, die Dienstjubiläumsverordnung, die Urlaubsverordnung und die Laufbahnverordnung „besonderer Fachrichtungen“. Ferner wird es ein neues, hessisches Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG) geben.

II. Anhebung der Altersgrenzen, Versorgungsabschläge

Kernpunkt des Gesetzentwurfes ist die **Anhebung der Regelaltersgrenzen**. Künftig soll die Versetzung in den Ruhestand erst mit Ablauf des Monats

erfolgen, in dem das **67. Lebensjahr** vollendet wurde (§ 50 Abs. 1 HBG). Es sollen folgende Übergangsregelungen gelten:

a) Allgemeines

- Wer vor dem 1.1.1947 geboren ist, für den bleibt es bei der Altersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres.
- Für diejenigen, die nach dem 31.12.1946 und vor dem 1.1.1964 geboren sind, wird die Altersgrenze angehoben. Die Anhebungen umfassen die Bandbreite von einem Monat (Jahrgang 1947) und 22 Monate (Jahrgang 1963). Die Einzelheiten der Anhebung können einer Tabelle entnommen werden, die Bestandteil des Gesetzentwurfes ist.
- Von der Anhebung sind auch diejenigen erfasst, die sich in der Arbeitsphase der Altersteilzeit befinden (§ 50 Abs. 4 HBG). Ausgenommen sind diejenigen, die sich bereits in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befinden, bzw. jene, die bis zum Eintritt in den Ruhestand beurlaubt sind (§ 50 Abs. 7 HBG).

Auf eigenen Antrag kann der Eintritt in den Ruhestand aber auch über das 67. Lebensjahr hinaus verlängert werden. Maximal jedoch bis zum Ende des Monats, in dem das **70. Lebensjahr** (z.Zt. 68. Lebensjahr) vollendet wird (§ 50a Abs. 1 HBG). Es bleibt möglich, auf eigenen Antrag, auch ohne dass die Eigenschaft als Schwerbehinderter vorliegt, mit Vollendung des 62. Lebensjahres (heute: 63. Lebensjahr) in den Ruhestand zu gehen (§ 51 Abs. 2 HBG).

Tipp

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit unserem Experten
Dr. Maximilian Baßlsperger.



[\[direkt zum Blog\]](#)

b) Schwerbehinderte

Das neue Recht wird keine Unterscheidung mehr treffen zwischen dem „Antragsruhestand“ von Schwerbehinderten und Nichtbehinderten. Daraus folgt, dass künftig auch für Schwerbehinderte im Sinne des § 2 Abs. 2 SGB IX die allgemeine Antragsgrenze von 62 Jahren gelten wird. Damit wird auch die für diesen Personenkreis derzeit geltende Antragsgrenze von 60 Jahren um 2 Jahre angehoben (§ 51 Abs. 3 HBG). Dies geschieht allerdings mit einer Reihe von Übergangsregelungen. Schwerbehinderte, die vor dem 1.1.1952 geboren sind, können unverändert mit Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt werden. Bei anderen erfolgt eine schrittweise Anhebung dieser Antragsaltersgrenze:

- ⇒ Für diejenigen, die nach dem 31.12.1951 und vor dem 1.1.1964 geboren sind, wird die Antragsaltersgrenze schrittweise angehoben, z. B. um einen Monat für den Geburtsmonat Januar 1952 bzw. um 22 Monate für den Geburtsjahrgang 1963 (§ 51 Abs. 3 HBG).

c) Besondere Altersgrenzen

Auch die besonderen Altersgrenzen im Bereich der Polizei, des **Justizvollzuges** sowie der **Berufsfeuerwehren** bleiben von der Anhebung der Allgemeinen Altersgrenzen nicht ausgenommen:

- ⇒ Die Allgemeine Altersgrenze wird (auch) in diesem Bereich vom 60. auf das 62. Lebensjahr angehoben.
- ⇒ Wer vor dem 1.1.1952 geboren ist, für den bleibt es bei der Altersgrenze mit Vollendung des 60. Lebensjahres.
- ⇒ Für diejenigen, die nach dem 31.12.1951 und vor dem 1.1.1964 geboren sind, wird die Altersgrenze schrittweise angehoben. Z. B. für den Geburtsmonat Januar 1952 um einen Monat, für den Geburtsmonat Februar 1952 um zwei Monate und für den Jahrgang 1963 um 22 Monate. Einzelheiten können einer Tabelle entnommen werden, die Bestandteil des Gesetzentwurfes ist.

- ⇒ Allerdings soll eine besondere Schutzregelung gelten: Beamte im Einsatzdienst der Polizei, der Berufsfeuerwehr sowie des Justizvollzugsdienstes, die **„mindestens zwanzig Jahre im Schicht- oder Wechselschichtdienst tätig gewesen sind“**, werden von der Anhebung der Altersgrenze vom 60. auf das 62. Lebensjahr ausgenommen. Sie können auch künftig unverändert mit Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand gehen (§ 197 Abs. 1 Satz 2 HBG).



Produktipp

v. Roetteken / Rothländer

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR Gesamtausgabe



Loseblattwerk in 15 Ordnern

ISBN 978-3-7685-9311-3

€ 359,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

€ 839,95 ohne Aktualisierungslieferungen

Mit dem fünfzehnbändigen Loseblattwerk haben Sie einen kompletten Überblick über das Dienstrecht in Hessen. Ausführliche und aktuelle Kommentare zum HPVG mit Wahlordnung, zum HBG und zum BeamtStG werden ergänzt durch eine Textsammlung zum Tarifrecht und alle sonstigen wichtigen Vorschriften für den öffentlichen Dienst in Hessen. So erhalten Sie alle wichtigen Informationen aus einer Hand, ersparen sich lästige Sucharbeit und werden durch die Kommentare kompetent beraten.

Nähere Produktinformation finden Sie [hier](#).

[\[bestellen\]](#)

d) Versorgungsabschlag neu geregelt:

Lfd. Nr.	Eintritt in den Ruhestand	Kürzung pro Jahr	Maximal
01.	Schwerbehinderte, die vor Vollendung des 65. Lebensjahres auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt wird.	3,6 %	10,8 %
02.	Beamte, die vor der für sie geltenden gesetzlichen Altersgrenze mit Vollendung des 62., oder aber mit Vollendung des 60. Lebensjahres (Polizei, Feuerwehr & Justizvollzug) auf eigenen Antrag hin in den Ruhestand versetzt werden.	3,6 %	18 %. Diese Summe ergibt sich aus dem Umstand, dass z. B. im Bereich der Feuerwehr der Eintritt in den Ruhestand mit Vollendung des 60. Lebensjahrs auf eigenen Antrag möglich bleibt. Dann wird ein Abschlag für 5 Jahre erhoben ($3,6\% \times 5 \text{ Jahre} = 18 \%$).
03.	Vor Vollendung des 65. Lebensjahres, wenn die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, erfolgt.		3,6 % 10,8 %

Übergangsregelungen gelten für Schwerbehinderte, die vor dem 1.1.1952 geboren sind. Für sie wird unverändert des 63. Lebensjahr als Altersgrenze zu Grunde gelegt. Für die Jahrgänge 1952-1963 gelten weitere Übergangsvorschriften. Auch für alle anderen Beamtinnen und Beamten gelten hinsichtlich der Versorgungsabschläge die gleichen

Übergangsregelungen, wie bei der Anhebung der Altersgrenzen.

e) Versorgungsauskunft

Erstmalig soll im Versorgungsrecht ein Rechtsanspruch auf eine „Versorgungsauskunft“ verankert werden (§ 49a HBeamtVG). Sie steht nicht unter dem Vorbehalt, dass ein bestimmtes Lebensalter oder eine bestimmte Anzahl von Dienstjahren bereits erreicht ist.

III. Hessische Arbeitszeitverordnung (HAZVO):

In die HAZVO soll eine Regelung aufgenommen werden, wonach diejenigen, die vor dem Eintritt in den Ruhestand das bestehende Arbeitszeitkonto z. B. deshalb nicht mehr abbauen konnten, weil sie wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden müssen, eine „stundenbezogene Ausgleichszahlung in Höhe des auf eine Stunde entfallenden Anteils der individuellen Besoldung“ erhalten (§ 1a Abs. 4 HAZVO).

TREFFPUNKT

Neue Seminare im Beamtenrecht

[\[mehr Informationen\]](#)

IV. Dienstjubiläumsverordnung

Die Zahlungen aus Anlass eines Dienstjubiläums werden angepasst:

Dienstzeit	Alt	Neu	TVöD	TV-H
25 Jahre	307,00 €	350,00 €	350,00 €	350,00 €
40 Jahre	410,00 €	500,00 €	500,00 €	500,00 €
50 Jahre	512,00 €	750,00 €	./.	./.

V. Hessische Urlaubsverordnung (HUrlVO):

Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom Januar 2009 zur Unverfallbarkeit von nicht genommenem Erholungsurlaub soll nur teilweise in hessisches Dienstrecht übernommen werden. Vorgesehen ist, dass Erholungsurlaub, der wegen vorübergehender Dienstunfähigkeit nicht oder nicht vollständig in Anspruch genommen werden konnte, in das auf die Wiederherstellung der Dienstfähigkeit folgende Urlaubsjahr übertragen werden kann (§ 9 Abs. 4 HUrlVO). Kann er allerdings auch dann nicht oder nicht vollständig in

Anspruch genommen werden, verfällt er. Es fehlt allerdings eine Regelung für die Beschäftigten, die nach Krankheit nicht wieder den Dienst aufnehmen können und direkt in den Ruhestand versetzt werden. Für diese Fälle hat der EuGH arbeitsrechtlich den Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich festgestellt.

VI. Das weitere Verfahren

Der Gesetzentwurf ist am 19.5.2010 in erster Lesung beraten worden. Es erfolgte die Verweisung an den zuständigen Innenausschuss zur Beratung im Detail. Das weitere zeitliche Verfahren ist dann offen. Dem Vernehmen nach soll es, nach einer schriftlichen Anhörung, auch eine mündliche Anhörung Ende August 2010 geben. Damit wäre eine Verabschiedung in 2. oder 3. Lesung in der Zeit vom 7.9. bis 9.9.2010 möglich. Die Änderungen würden dann mit Wirkung zum 1.10.2010 in Kraft treten.

2. Aktuelles aus der Rechtsprechung

Diskriminierung jüngerer Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes beim Entgelt?

Hessisches Verfahren vom BAG ausgesetzt

Bei der Überleitung vom BAT in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) spielte auch die Frage der Wirksamkeit des Systems des nach dem Lebensalter vorgenommenen Aufstiegs in der Vergütungstabelle eine Rolle. Wegen der beim BAG anhängigen Verfahren hatten sich die Tarifvertragsparteien zu der gleichen Lösung entschieden, wie sie auch im Bereich des TVöD und des TV-L vorgenommen wurde (zu allem: Rothländer: Neues Tarifrecht in Hessen, PersR 2009, S. 441 <443>). Am 20.5.2010 hat das BAG nun über die vorliegenden Klagen verhandelt. Ergebnis: Der 6. Senat des Bundesarbeitsgerichts hat den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) um eine Vorabentscheidung zur Vereinbarkeit von Entgeltregelungen im Tarifrecht des öffentlichen Dienstes mit dem Verbot der Altersdiskriminierung ersucht.



Produktipp

pcBeamte

PC-Programm zur Ermittlung von Brutto- und Nettobezügen für Beamte, Richter und Soldaten.



CD-ROM
ISBN 978-3-7685-8024-3
€ 48,00
zzgl. Aktualisierungslieferungen

[bestellen]



Seit dem 1.10.2005 ersetzt der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) u. a. im Tarfbereich des Bundes den Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT). Im BAT war die Grundvergütung nach Lebensaltersstufen bemessen. Alle zwei Jahre erhielten die Beschäftigten eine höhere Vergütung, bis die Endgrundvergütung erreicht war. Der TVöD sieht keine Lebensaltersstufen mehr vor. Sein Entgeltsystem stellt auf Tätigkeit, Berufserfahrung und Leistung ab. Der Aufstieg in den Stufen jeder Entgeltgruppe vollzieht sich abhängig von Leistung und Berufserfahrung. Bei der Überleitung der mehr als 1 Million Angestellten aus dem BAT in den TVöD wurde jedoch die im alten System erreichte Lebensaltersstufe im Wege der Besitzstandswahrung voll berücksichtigt. Den Angestellten wurde im Grundsatz ihr bisheriges Entgelt auch nach ihrer Überleitung in den TVöD weiter gezahlt. Zum 1.10.2007 wurden die Angestellten ausgehend von



AGG-Entscheidungsregister

Mit Fundstellen, Leitsätzen und thematischer Zuordnung

Übersichtlich aufbereitet und angeordnet enthält dieses Register wichtige Entscheidungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sowie ergänzend Entscheidungen zum Bundesgleichstellungsgesetz und zum Hessischen Gleichberechtigungsgesetz.

Mehr Informationen finden Sie unter www.rehmnetz.de/AGG-Entscheidungsregister

Tipp

Newsletter Beamtenreform

Sie möchten stets aktuell zum Thema Beamtenrecht informiert werden? Dann abonnieren Sie doch unseren kostenlosen Newsletter Beamtenreform.

[\[Jetzt abonnieren\]](#)



diesem Entgelt endgültig der nächsthöheren Stufe der neuen Entgelttabelle zugeordnet.

Die im Oktober 1962 geborene Klägerin ist seit dem 1. Februar 2004 als Bauingenieurin bei einer obersten Bundesbehörde beschäftigt. Nach ihrer Überleitung in den TVöD wurde sie am 1.10.2007 der regulären Stufe 4 der Entgeltgruppe 11 zugeordnet. Die Klägerin ist der Ansicht, die Lebensaltersstufenregelung des BAT habe sie wegen ihres Alters diskriminiert. Dies setze sich im TVöD fort. Ihr müsse deshalb wie älteren Angestellten seit dem 1.10.2007 ein Entgelt nach der höchstmöglichen Stufe 5 der Entgeltgruppe 11 gezahlt werden.

Im Wege der Vorabentscheidung nach Art. 267 AEUV soll nun vom EuGH geklärt werden, wie der Konflikt zwischen dem primärrechtlich gewährleisteten allgemeinen Gleichheitssatz und dem ebenfalls primärrechtlich gewährleisteten Recht der Tarifvertragsparteien auf Kollektivverhandlungen, welches auch deren Tarifautonomie beinhaltet, zu lösen ist. Konkret geht es darum, ob die auf Lebensaltersstufen bezogene Grundvergütung des BAT das Verbot der Altersdiskriminierung (jetzt Art. 21 Abs. 1 GRC) in seiner Konkretisierung durch die Richtlinie 2000/78/EG verletzt, ob sich eine solche Altersdiskriminierung im TVöD fortsetzt und ob und wie eine solche Altersdiskriminierung von den

Tarifvertragsparteien gegebenenfalls auch rückwirkend beseitigt werden könnte.

Bundesarbeitsgericht, Beschluss vom 20. Mai 2010 – 6 AZR 319/09 (A) –

Vorinstanz: LAG Köln, Urteil vom 6. Februar 2009 – 8 Sa 1016/08 –

Zu der Frage, ob die im BAT vorgesehene Staffe-
lung der Grundvergütung nach Lebensaltersstufen
das Verbot der Altersdiskriminierung verletzt, hat
der Senat auch in einem Verfahren aus dem Land
Berlin, wo der BAT im Wesentlichen noch bis 31.
März 2010 Anwendung fand, den EuGH um eine
Vorabentscheidung gebeten. Streitig sind in die-
sem Verfahren nur Ansprüche aus der Zeit vor In-
krafttreten des neuen Tarifrechts.

Bundesarbeitsgericht, Beschluss vom 20. Mai 2010 – 6 AZR 148/09 (A) –

Vorinstanz: LAG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 11.9.2008, ZTR 2009, S. 194 ff.

In einem weiteren Verfahren aus dem Land Hes-
sen, wo der BAT noch bis 31.12.2009 angewendet
wurde, hat der Senat entsprechend § 148 ZPO die
Verhandlung bis zur Erledigung des das Land Ber-
lin betreffenden Vorabentscheidungsverfahrens
ausgesetzt.

LAG Hessen v. 22.04.2009, NZA 2009, S. 799

3. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Eigenes Tarifrecht bei der Technischen Univer- sität Darmstadt in Kraft:

Seit dem 1.1.2010 ist auch die Technische Univer-
sität Darmstadt (TUD) rechtlich selbständig. Wie
schon bei der seit Januar 2008 rechtlich selbstän-
digen Goethe-Universität in Frankfurt a. M. ver-
fügt auch sie über das Recht, eigene Tarifverträge
abzuschließen. Dies ist jetzt mit Wirkung zum
1.5.2010 erfolgt. Nach nur kurzen Verhandlungen
haben sich die Gewerkschaften ver.di und GEW mit
der TUD auf ein Tarifwerk geeinigt, das dem der
Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt
a.M. strukturell und inhaltlich im Wesentlichen

nachgebildet ist. Neben den erforderlichen redak-
tionellen Anpassungen besteht die Besonderheit
darin, dass die Tarifvertragsparteien zusätzlich eine
„Vereinbarung“ geschlossen haben, aus der her-
vorgeht, dass die schnelle Einigung der tarifrecht-
lichen Klarheit und Rechtssicherheit dienen soll. In
einem zweiten Schritt, der zeitlich und inhaltlich
nicht bestimmt ist, sollen dann Tarifverhandlun-
gen aufgenommen werden, um ein auf die Be-
dürfnisse der TU Darmstadt zugeschnittenes Tarif-
recht zu schaffen.



Produkttipps

Baßlperger

Einführung ins Beamtenrecht

Die Rechtslage in Bund und Ländern
nach der Dienstrechtsreform

Internetausgabe

Halbjahrespreis für 3 Zugriffe € 24,50,

weitere Lizenzen auf Anfrage.

ISBN 978-3-8073-0200-3

Das Beamtenrecht ist durch viele abstrakte Rechtsbe-
griffe gekennzeichnet und in viele Gesetze und Ver-
ordnungen gegliedert, was die Umsetzung in die Praxis
erschwert. Diese Einführung dient als Orientierungs-
hilfe für die tägliche beamtenrechtliche Arbeit. So wird
die Verflechtung von Beamtenstatusgesetz und LBG für
die Anwender in allen Bundesländern deutlich.

- **Extrem praktisch:** Arbeitshilfen, wie z. B. Urkunden-
muster, ergänzen die Informationen. Praktische Bei-
spiele und Fälle weisen den Weg.
- **Leicht verständlich:** Grafiken, Übersichten und
Schaubilder helfen, die Einzelprobleme und Zusam-
menhänge besser zu verstehen.
- **Schnell lesbar:** Die wichtigsten beamtenrechtlichen
Grundsätze sind optisch hervorgehoben. Verweise
führen direkt in die relevanten Normen.
- **Optimal erschlossen:** Sicheres und schnelles Navi-
gieren durch eine übersichtliche Oberfläche, durch-
dachte Verlinkungen und gute Suchmöglichkeiten.



Reinhören: das Interview mit Herrn
Dr. Baßlperger zur Beamtenrechtsreform
www.rehmnetz.de

[\[Testzugang anfordern\]](#)

4. Vorschau auf die HBR I-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Ergänzungslieferungen. Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

Juni:

221. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
108. Aktualisierung der Teilausgabe IV (Beamtenrecht):
§§ 12 – 16, 19 – 19c HBG,
AltersteilzeitzuschlagsVO, ErschwerniszulagenVO, VO
über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für
Beamte, Zweie Besoldungs-ÜbergangsVO, Arbeits-
schutz, Sicherheit und Gesundheitsschutz an Schulen,
Mutterschutz für Beschäftigte in Schulen

Juni:

222. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
109. Aktualisierung der Teilausgabe IV (Beamtenrecht):
vor §§ 28–30a, vor §§ 31–37, vor §§ 32–37 HBG,
§§ 38 – 44 HBG
Hess. Hochschulgesetz, Gesetz zur organisatorischen
Fortentwicklung der TU Darmstadt, Berufskrankheiten-
VO, Hess. Richtergesetz

Juli:

223. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
59. Aktualisierung der Teilausgabe I (Personalvertre-
tungsrecht)
§§ 9, 10, 61, 65, vor 123 HPVG
BPersVG, KSchG, SGB IX, HGIG

August:

224. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
Tarifrecht

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und
zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

Viele weitere Informationen zum Thema
Beamtenrecht finden Sie auf unserer Themenseite
<http://www.rehmnetz.de/Personal/Beamtenrecht.html>

Christian Rothländer

*Sekretär beim ver.di Landesbezirk Hessen, Ressort 2,
Beamtenpolitik und Mitbestimmung, Frankfurt a. M.*

Impressum:

R.v.Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489 -529
Ihre Meinung ist uns wichtig!
Daher freuen wir uns immer über Kritik und Anregungen.

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste
eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit
abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an
hbr@hjr-verlag.de.

Veranstaltungstipp

Die Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft SAP öD

- ELENA – das große Experiment?
- Tarifrunde 2010
- Simulation einer SAP HCM/HR-System-
prüfung

Gewinnen Sie ein umfassendes Bild von
den Aktivitäten der ARGE SAP öD und
sichern Sie sich Ihre Teilnahme zum
„Schnupper-Tarif“...

[\[mehr Informationen\]](#)

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter
können wir keine Haftung übernehmen. Sollte ein Link oder dessen
Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir
davon Kenntnis erhalten.

© 2010, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. _____
v. Roettken (Hrsg.)/Rothländer (Hrsg.)
Beamtenstatusgesetz
Kommentar
Loseblattwerk in 2 Ordnern
ISBN 978-3-7685-0953-4
€ 129,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
Internetausgabe
Inklusive „Baßlperger, Einführung ins Beamtenrecht“!
ISBN 978-3-7685-1353-1
€ 149,95, weitere Lizenzen auf Anfrage



Expl. _____
Baßlperger (Hrsg.)
Einführung in das neue Beamtenrecht
Mit den Neuregelungen durch das
Beamtenstatusgesetz sicher umgehen
Softcover
ISBN 978-3-8073-0125-9
€ 39,90

Expl. _____
Erweiterte Internetausgabe
ISBN 978-3-8073-0128-0
Halbjahrespreis für 3 Zugriffe: € 24,50
Mit zusätzlichen Vertiefungen, Arbeitshilfen und
aktualisiertem Text.

Expl. _____
Auerbach
Das neue Bundesbeamtengesetz
Synopsis mit Kurzerläuterungen
zu den Änderungen im BBG
Softcover
ISBN 978-3-8073-0111-2
€ 29,90

Weitere Bestellmöglichkeiten

Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333

Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20

Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de

Per Internet:
www.rehmetz.de

Per Post:
Verlagsgruppe
Hühig Jehle Rehm GmbH
81677 München



**Picken Sie sich
das Beste heraus!**

Wichtige Informationen
zum Themenkomplex
Beamtenrecht finden Sie auf
unserer Homepage!

[\[mehr Info\]](#)

Disziplinarrecht



Expl. _____
Gansen (Hrsg.)
**Disziplinarrecht in Bund und
Ländern**
Kommentar
Loseblattwerk in 3 Ordnern
ISBN 978-3-7685-3043-9
€ 139,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 239,95 ohne Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
Zängl, Conrad
Bayerisches Disziplinarrecht
Praktiker-Kommentar
Loseblattwerk im Ordner
ISBN 978-3-8073-0284-3
€ 99,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 229,95 ohne Aktualisierungslieferungen

Newsletter Beamtenreform

Sie möchten regelmäßig über Neuerungen zum Beamtenrecht informiert werden? Dann abonnieren Sie doch unseren kostenlosen Newsletter Beamtenreform.

[\[Jetzt abonnieren\]](#)



**Hier können Sie unser komplettes Titelangebot
zum Bereich Beamtenrecht einsehen.**

WAN 514360

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum

Unterschrift

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

***Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen.
Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich von dem Produkt nicht überzeugt sein, sende ich es ohne weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versiegeltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

Aktualisierungsservice für Loseblattwerke und Software.

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechtsänderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur vollständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen vorbehalten.

Stand Juni 2010